

Rede zum Haushalt 2024 (24.06.2024)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

In diesen Zeiten multipler Krisen ist es besonders wichtig, mit einem großen Dankeschön zu beginnen, einem Dankeschön an alle jene, die sich für eine friedliche, demokratische und lebenswerte Gesellschaft und Umwelt einsetzen.

Unser aufrichtiger Dank gilt also allen Ehrenämtern und allen, die sich über das beruflich geforderte Maß hinaus für ein lebenswertes Rösraith und ein Miteinander engagieren.

Drei Beispiele möchte ich herausgreifen:

Da ist einmal der Verein „Lebenswertes Sülztal“, den es schon sehr lange gibt und der gelernt hat, dass sich Beharrlichkeit lohnen kann. Sie waren mit die Ersten aus der Zivilgesellschaft, die nach dem Starkregen, der uns allen noch gut in Erinnerung ist, Initiative ergriffen haben. Und sie bleiben am Ball. Und das ist gut so!

Dann ist da „Rösraith for Future“, eine noch junge Initiative. In ihren Reihen viele Eltern kleiner Kinder, die sich für eine lebenswerte Zukunft einsetzen, die sich mit Recht sagen, so kann es nicht weitergehen. Sie versuchen immer wieder, die Menschen mit Demos wachzurütteln. Sie eint das Wissen, dass uns die Zeit davonläuft, wenn wir nicht tätig werden.

Ob sich hier Beharrlichkeit lohnt, wird sich erst noch erweisen müssen.

Schließlich ist da der Geschichtsverein, der sich nur scheinbar mit der Vergangenheit beschäftigt. Das Gegenteil ist der Fall. Er kämpft den Kampf gegen Geschichtsvergessenheit und damit den Kampf für eine demokratische und friedliche Zukunft.

Beharrlichkeit führt auch hier zum Ziel. Inzwischen können wir jeden Tag über unsere dunkle Vergangenheit stolpern.

Ihnen allen: Herzlichen Dank, denn Demokratien brauchen besonders in Krisenzeiten starke Zivilgesellschaften!

Wir können nur an diese Menschen und auch an alle jetzt Unerwähnten appellieren, lassen sie nicht nach, auch wenn sie manchmal denken, sie kämpfen gegen Windmühlen. Seien sie versichert, uns geht es oft auch nicht anders.

Danken möchten wir aber auch der Verwaltung und hier insbesondere allen neu Eingestellten. Der frische Wind, den Sie mitbringen ist deutlich spürbar und wohltuend. Lassen auch Sie sich bitte nicht entmutigen von verwaltungsinternen Barrieren oder Zögerlichkeiten!

Sprechen Sie ihre Meinung aus, treten Sie für ihre Überzeugungen ein, passen Sie sich nicht zu sehr an. Die Politik weiß das zu schätzen und empfindet es als Bereicherung!

Leider muss ich an dieser Stelle auch ein paar Worte zum Hallenbadproblem verlieren: Letzten Mittwoch gegen 18:30 haben wir davon erfahren, nicht viel später offenbar als unsere technische Beigeordnete.

Alle Parteien, die zu der Zeit im Fraktionsrat noch anwesend waren, waren einhellig der Meinung, dass alles getan werden muss, um eine Schließung zu verhindern.

Alle, die noch anwesend waren, fühlten sich gut informiert und waren vorsichtig optimistisch, dass Frau Lorenz trotz dieser Kurzfristigkeit mal wieder eine Lösung finden würde.

Bedauerlich ist allerdings, dass in dem Zusammenhang interne Querelen über die Zeitung ausgetragen werden. Das macht eine Lösung des dahinterstehenden Konfliktes nicht leichter! Hier appellieren wir an beide Seiten: Versuchen wir erst das Hallenbadproblem endgültig zu lösen und widmen uns danach der Aufarbeitung der verwaltungsinternen Probleme. Diese Professionalität darf die Politik von der gesamten Verwaltungsspitze erwarten.

Ebenso bedauerlich und durchschaubar der Dringlichkeitsantrag von SPD und Forspark, ein Antrag, der überhaupt nichts zur Lösung des Problems beiträgt, mit anderen Worten reiner Populismus.

Denn einen solchen Antrag muss der Rat ablehnen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für das Offenhalten nicht geschaffen werden können. Und er ist völlig überflüssig, wenn diese Voraussetzungen geschaffen werden können. Denn keine der Parteien hier im Rat und auch nicht die Verwaltung wird in dem Fall das Bad geschlossen halten wollen.

Für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit bei der Lösung unserer Probleme hier in Rösrath ist ein solcher Antrag kein gutes Zeichen.

Und die Menschen erwarten zurecht, dass die Parteien bei der Lösung von Problemen zusammenarbeiten.

Wenn sich die Parteien dann aber gegenseitig keine Erfolge gönnen und sich lieber Knüppel zwischen die Beine werfen, als gemeinsam Probleme zu lösen, wenn sie sich gegenseitig immer nur als unfähig darstellen, mag das kurzfristig einen gewissen Unterhaltungswert haben. Doch spätestens mittelfristig fragen sich die Bürgerinnen und Bürger: Was machen die da eigentlich?

Und damit komme ich zum entscheidenden Punkt:

Die leider zu oft übliche, wenig konstruktive Art der Politik führt zu Politikverdross. Der Beruf des Politikers landet bei Umfragen regelmäßig auf dem letzten Platz, wenn es um Vertrauenswürdigkeit und Anstand geht.

Und Politikverdross führt dazu, dass die Menschen nicht mehr wählen gehen oder sich vermeintlich einfachen „Lösungen“ zuwenden. Und das ist eine Gefahr für die Demokratie. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass die großen Probleme sich auch in einer Demokratie lösen lassen, dass alle demokratischen Parteien Problemlösung über Parteipolitik stellen.

Deshalb lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, wieder Vertrauen in die Politik herzustellen, auch hier in Rösrath. Lassen sie uns gemeinsam und konstruktiv unsere aktuellen und zukünftigen Probleme angehen und das öffentlich auch so vertreten. Ich spreche das gerade jetzt an, weil in einem guten Jahr die nächsten Wahlen anstehen. Und eigentlich sind wir aus dem Wahlkampfmodus nie wirklich herausgekommen.

Wenn ich von der Bedrohung unserer Demokratie spreche, darf der Klimawandel nicht unerwähnt bleiben. In die Zange genommen von Corona, Ukrainekrieg, Energiekrise, Flüchtlingskrise findet er kaum noch politischen Diskussionsraum. Trotzdem ist er unverändert da.

Und die Diskussion zum Haushalt im Hauptausschuss vom 11. März macht es leider erforderlich, erneut auf diesen Punkt einzugehen.

In diesem Hauptausschuss wurde allen Ernstes gefordert, die Mittel für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu streichen, und zum anderen wurde die schon lange vom Rat bewilligte Stelle für Mobilitätsmanagement, deren Besetzung nebenbei bemerkt von der Verwaltung viel zu zögerlich angegangen wurde, in Frage gestellt.

Natürlich passierte all das vor dem Hintergrund eines Haushaltes in Schieflage. Die Meinung war offensichtlich: Derzeit können wir uns Klimaschutz und Nachhaltigkeit nicht leisten.

Zufällig am gleichen Tag, hatte die Europäische Umweltagentur, eine EU-Behörde ihren Bericht zur Bewertung des Klimarisikos veröffentlicht und der hatte seinen Weg mit Schlagzeilen wie „Der letzte Weckruf für Europa“ in die Presse gefunden.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen, also auch in Rösrath jetzt entschieden handeln müssen, damit die Risiken beherrschbar bleiben.

Die bisherigen Strategien und Anpassungsmaßnahmen halten laut Bericht nicht Schritt mit den Risiken, die sich rasant verschärfen.

Und wer den Behörden nicht glaubt, der glaubt vielleicht der Wirtschaft:

Die Versicherungswirtschaft hat Risiken genau im Blick, das ist quasi deren DNA. Deren Gesamtverband stellt sich mittlerweile ernsthaft die Frage, ob sie langfristig noch gegen alle Naturgefahren versichern können. Und wer in einem Hochrisikogebiet lebt – also zum Beispiel alle, die vom letzten Starkregen betroffen waren – wird es jetzt schon schwer haben, sich dagegen zu versichern, wenn es denn überhaupt gelingt.

Die Frage kann also nicht lauten, können wir uns angesichts der Haushaltslage ein entschiedenes Vorgehen gegen den Klimawandel noch leisten? Nein, die Frage muss vielmehr lauten, können wir es uns angesichts der horrenden Risiken leisten, darauf zu verzichten? Unsere Antwort, die Antwort der Grünen, ist da sehr klar.

Denn der Kampf gegen den Klimawandel, ist auch ein Kampf für unsere Demokratie: Schauen sie in die jüngere Geschichte zurück und überlegen sie, was passiert, wenn sich die Zahl der Flüchtlinge aufgrund des Klimawandels vervielfacht.

In diesem Jahr feiern wir 75 Jahre Grundgesetz. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass wir auch das 100-jährige Bestehen noch in Frieden und Freiheit begehen können.

Der Kampf gegen den Klimawandel, ist ein Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit:

Wer ist es denn, der in unserer Gesellschaft am meisten unter dem Klimawandel leidet? Es sind die Schwachen, die Alten, die Armen, die sich keine Klimaanlage leisten können, ein Häuschen im Grünen, keinen Urlaub in angenehmeren Gefilden oder gar einen Zweitwohnsitz, aktuell noch in Spanien, zukünftig aber in Skandinavien.

Es ist also in höchstem Maße unsozial, den Klimawandel nicht energisch zu bekämpfen.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Kampf für die Freiheit:

Denn jede Freiheit, die wir uns da zusätzlich herausnehmen oder auf die wir meinen keinesfalls verzichten zu können, kann zu einer Gefahr werden für die Freiheit unserer Kinder und Kindeskinde.

Lassen sie mich nun etwas näher auf den Haushalt eingehen:

Erstmals seit 2011 gibt es auch deutschlandweit betrachtet wieder ein kommunales Finanzdefizit.

Treiber der Ausgabenseite waren vor allem die Sozialausgaben. Darunter verbuche ich z.B. unsere Kosten für Tagesbetreuung, Kita's etc. die in Rösrath in der Summe von 9,6 auf 13,3 Mio € deutlich gestiegen sind.

Ein weiterer allgemeiner Treiber waren die gestiegenen Personalausgaben aufgrund der Tarifierhöhungen, in Rösrath von 11,4 auf 14,3 Mio €.

Hinzu kommt noch der sprunghafte Anstieg der Zinsausgaben, für Rösrath von 770 Tausend auf 1,6 Mio €.

Gestiegene Energiekosten tun ihr Übriges, für Rösrath sind das mittlerweile über 2 Mio € pro Jahr.

Das alles gilt bundesweit, ist also nicht spezifisch für Rösrath. Dennoch müssen wir damit klarkommen.

Und auf vieles davon haben wir wenig Einfluss, weder die Verwaltung noch die lokale Politik. Und das bedeutet nichts anderes, als dass die Kommunen chronisch unterfinanziert sind, dass wir kein Haushaltsproblem haben, sondern ein Strukturproblem.

Daher müssen wir Mittel und Wege finden, auch zukünftig zu soliden Haushalten zu kommen, ohne bei Zukunftsinvestitionen zu kürzen und ohne einfach nur die Steuern zu erhöhen.

Erlauben Sie mir dazu eine kurze Klarstellung. Vor 2 Monaten war im Kölner Stadtanzeiger ja zu lesen, dass es in Rösrath keine Erhöhung der Grundsteuern geben wird.

Da werden sich die Bürgerinnen und Bürger in Rösrath aber noch wundern, wenn Sie auf ihren nächsten Grundsteuerbescheid schauen. Da sollten wir uns mal ehrlich machen.

Derzeit haben wir in Rösrath ein Grundsteueraufkommen von ca. 8 Mio € im Jahr. Unsere Haushaltsprognosen gehen aber ab dem nächsten Jahr von einer Steigerung um 1,7 Mio €, also 20% aus.

Diese 20% müssen Bürgerinnen und Bürger im Schnitt mehr zahlen. Und es ist ihnen egal, ob das aufgrund einer veränderten Bemessungsgrundlage der Fall ist oder aufgrund eines höheren Hebesatzes.

Bleiben wir also ehrlich und sagen, dass das Bundesverfassungsgericht der Stadt einen Gefallen getan hat, als es eine Änderung der Bemessungsgrundlage forderte, einen Gefallen von voraussichtlich 1,7 Mio € pro Jahr.

Nur damit und mit dem gleichzeitig vollständigen Verbrauch unserer Ausgleichsrücklage (d.h. unseres Sparschweins) sowie der maximal erlaubten Nutzung unserer allgemeinen Rücklage schaffen wir es so gerade eben, einer Haushaltssicherung zu entgehen. Der Haushalt steht also auf tönernen Füßen!

Wir haben als Grüne daher viel Energie in die Überlegungen gesteckt, wie sich die Situation ohne eigene Steuererhöhungen verbessern lässt. Davon sind der globale Minderaufwand, die Neubewertung von Gebühren und das Energiesparen für kommunale Gebäude bereits für den aktuellen Haushalt umgesetzt bzw. angegangen worden.

Aber dabei können wir es nicht belassen! Berichtet wurde ja bereits, dass wir eine Optimierung der Fördermittelakquise für eine gute Möglichkeit halten, die Einnahmeseite zu verbessern. Verabredet wurde dann zwischen uns, hier für den nächsten Haushalt Klarheit zu haben. Wir werden daher in Kürze eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung stellen. Denn wir haben da nichts zu verschenken!

Der zweite – vielleicht noch umstrittenere Punkt – ist unser Synergieantrag.

Wir gestehen gerne zu, dass es etwas Zeit braucht, hier ans Ziel zu kommen. Aber mit Synergien lassen sich Personalkosten sparen. Es gibt dafür hundertfach Beispiele der interkommunalen Zusammenarbeit in NRW.

Wir werden zukünftig jedenfalls keine Stelle mehr mittragen, wenn nicht deutlich ersichtlich ist, dass vorher alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, über Kooperationen mit den Nachbarkommunen weiter zu kommen.

Und da kann man dann auch nicht darauf verweisen, dass das vor 10 Jahren im Bereich der Rechnungsprüfung nicht funktioniert hat.

Auch die Aussage der Bürgermeisterin, dass unsere Nachbarkommunen auf eine entsprechende Anfrage beim letzten Treffen ablehnend reagiert haben, können wir nicht gelten lassen. Soll die Politik etwa zukünftig Steuererhöhungen vertreten, weil die Verwaltungen sich nicht auf Zusammenarbeit einlassen wollen? Sicher nicht mit uns. Hier appelliere ich deshalb an alle Parteien über ihre Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkommunen Druck zu machen, damit sich da etwas bewegt.

Dem nun vorliegenden Haushalt werden wir dennoch zustimmen.
Da wir uns schon in der Jahresmitte befinden, sind die Auswirkungen ohnehin begrenzt.

Für den nächsten Haushalt wünschen wir uns allerdings ein deutlich verstärktes Bemühen der Verwaltung um Synergien und viele Treffen mit allen demokratischen Parteien, in denen wir gemeinsam und zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger das grundsätzliche Haushaltsproblem unaufgeregt und mit vereinter Kreativität angehen.
Wir sind überzeugt, nur gemeinsam finden wir den besten Weg.

Vielen Dank